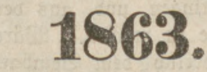
Danziger Dampfboot.

№ 91.

Montag, den 20. April.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5.
wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 18. April. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 127. Königl. Klassen-Lotterie fiel der 1ste Hauptgewinn von 150,000 Thlrn. auf Nr. 18,704. 1 Hauptgewinn von 10,000 Thlrn. auf Nr. 86,526. 5 Gewinne zu 2000 Thlr. fielen auf Nr. 17,765. 22,085. 32,560. 34,619 und 62,630.

44 Gewinne zu 1000 Thlr. fielen auf Nr. 2359. 10,948. 11,170. 11,525. 15,081. 16,033. 17,379. 20,051. 21,410. 22,759. 23,544. 24,430. 25,998. 27,798. 27,855. 29,808. 30,213. 30,930. 33,367. 35,490. 40,659. 44,458. 53,302. 53,839. 53,977. 55,032. 56,837. 56,879. 59,221. 60,151. 63,875. 64,065. 65,802. 67,720. 68,313. 71,201. 72,334. 75,006. 79,045. 80,021. 80,330. 85,928. 89,577 und 92,566.

53 Gewinne zu ,500 Thlr. fielen auf Nr. 1433. 1521. 5152. 6370. 7116. 10,040. 10,118. 11,295. 11,508. 12,582. 15,415. 16,140. 17,548. 25,242. 27,680. 27,834. 27,911. 28,146. 28,400. 28,884. 30,757. 32,994. 38,223. 38,882. 40,296. 40,399. 43,923. 46,471. 48,887. 50,277. 50,949. 51,287. 54,108. 54,306. 61,259. 65,787. 66,124. 68,769. 69,890. 70,585. 72,964. 76,871. 79,649. 79,811. 80,460. 80,988. 84,166. 85,149. 86,728. 88,577. 88,976. 91,782 und 94,014.

78 Gewinne zu 200 Thlr. auf Nr. 583. 863. 2398. 3660. 4301. 7477. 12,797. 13,683. 14,177. 14,663. 14,743. 14,852. 16,045. 19,136. 19,614. 21,749. 23,714. 25,390. 25,513. 26,191. 28,786. 29,004. 29,876. 30,574. 30,838. 31,594. 32,368. 32,632. 34,917. 37,656. 37,732. 41,158. 41,462. 41,718. 41,933. 42,634. 45,795. 46,053. 48,800. 49,836. 49,973. 51,107. 51,305. 52,146. 53,756. 54,338. 57,691. 57,895. 58,288. 58,410. 60,048. 60,323. 60,366. 60,941. 61,980. 70,446. 71,887. 73,307. 73,875. 75,752. 76,051. 76,808. 78,634. 78,678. 79,363. 80,232. 80,863. 82,632. 83,361. 84,104. 84,133. 84,204. 84,239. 84,892. 86,315. 89,415. 92,962 und 93,329.

(Privatnachrichten zufolge fiel obiger Hauptgewinn von 150,000 Thlr. nach Breslau bei Becker; obiger Hauptgewinn von 10,000 Thlr. nach Cöln bei Reimbold. — Nach Danzig bei Rotzoll fielen 2 Gewinne von 1000 Thlr. auf Nr. 22,759 und 55,032; 3 Gewinne von 500 Thlr. fielen auf Nr. 5152. 6370 und 12,582.)

Telegraphische Depeschen.

München, Sonnabend 18. April.
Die „Bayerische Ztg." bringt folgende officielle Notiz. Im Vertrauen auf die durch bestehende Verträge und durch die griechische Konstitution gewährleisteten Rechte der baierischen Dynastie auf den Thron Griechenlands ist seitens Baierns bisher keine Einsprache gegen die bekannten Vorgänge erhoben worden. Die Kandidatur des Prinzen Wilhelm und die Lage, in welche die Sache dadurch gebracht worden ist, machen es jedoch zur Pflicht, das bisherige Schweigen zu brechen. Es sind daher durch Circularerlaß an sämmtliche baierische Gesandtschaften vom 12. d. M. die vertragsmäßigen Rechte der baierischen Dynastie unter Protest gegen jeden denselben präjudizirenden Akt gewahrt worden. Die „Baierische Ztg." verheißt, den Wortlaut des Erlasses demnächst mitzutheilen.

Paris, Sonnabend 18. April.
Die „France" enthält einen Brief aus Stockholm vom 12. d. des Inhalts, daß die schwedische Regierung beschlossen habe, ehestens die projectirte Reorganisation der Flotte und der Küstenvertheidigung auszuführen. Der Hafen von Karlscrona werde in den Stand gesetzt werden, die schwedische Flotte aufzunehmen und die Geschwader, welche dorthin zu senden andere Mächte etwa das Interesse haben könnten.

London, Donnerstag 16. April.
Lord Russell hat erklärt, der dänische Hof habe die Wahl des Prinzen Wilhelm von Holstein-Sonderburg-Glücksburg zum Könige von Griechenland noch nicht bestätigt.

London, Sonnabend 19. April.
Nach Berichten aus Newyork vom 5. d. M., die das Hamburger Dampfboot „Saxonia" in Cowes abgegeben, ist die Expedition gegen Haines Bluff fehlgeschlagen und nach Youngs Point zurückgekehrt. Kommodore Farragut hat ein konföderirtes Kanonenboot vor Vicksburg genommen. Wie gerüchtsweise verlautet, soll die Aushebung von Negerregimentern in den freien Staaten aufhören.

— Der Dampfer „Asia" ist mit Newyorker Nachrichten vom 8. d. in Cork eingetroffen. Nach denselben hatte die Unionsflotte Port royal verlassen. In Charleston war der Gesundheitszustand befriedigend. In Richmond waren in Folge von Lebensmittelmangel Unruhen hervorgerufen, die Ruhe aber wieder hergestellt worden. Einem unbestätigten Gerüchte zufolge sollen Truppen der Union auf der Insel Seabrooks unweit Charleston gelandet sein, nach einem andern Gerüchte sollen sie die Insel Coles, 9 Meilen von dieser Stadt, besetzt haben.

Triest, Sonnabend 18. April.
Der fällige Lloyddampfer ist mit der Ueberlandspost eingetroffen. Die Nachrichten aus Calcutta reichen bis zum 19., die aus Bombay bis zum 28. v. M. Nach denselben ist Thibet von ernstlichen Kämpfen bedroht. In Cawnpore ist ein Fakir verhaftet worden, bei dem man aufrührerische Schriften gefunden; er gab sich für einen Agenten Nena Sahib's aus und erklärte, von diesem zur Truppenwerbung bevollmächtigt zu sein. Drei andere Emissäre Nena's sind ebenfalls verhaftet worden.

Konstantinopel, Sonnabend 18. April.
Nach Berichten aus Alexandrien tritt der Sultan am heutigen Tage seine Rückreise an. Auf die Anzeige, daß ein angeblicher Nachkomme Skander Beg's von Neapel aus einen Einfall in Albanien vorbereite, hat die türkische Regierung in Turin Vorstellungen gemacht und beruhigende Versicherungen erhalten. In den nächsten Tagen werden 30 Millionen Franken, die erste Quote der neuen Anleihe, aus Paris erwartet. Der Schlußbericht der zur Feststellung des Rayons von Belgrad daselbst versammelten Kommission ist hier eingelaufen.

Eine neue europäische Frage.

Aus London wird geschrieben, daß in der ersten nach den Osterferien stattgehabten Sitzung des Unterhauses Mr. Gregory ein auf die türkischen Angelegenheiten bezüglichen Antrag angekündigt habe. Man vermuthet, daß dieser Antrag durch ein eben erschienenes Blaubuch über das Bombardement von Belgrad veranlaßt worden sei. —

Dies Bombardement fand bereits im Juni des vorigen Jahres statt. — Am 15. desselben Monats entstand ein Streit zwischen einem Serben und einem Türken in Belgrad, wo die Türken die Citadelle und vier Thore und zum großen Theil die Vorstädte zwischen der Citadelle und den Stadtthoren als ihr Eigenthum betrachten. Nicht lange dauerte es, so war ein weit um sich greifendes Handgemenge zwischen Serben und Türken im Gange, wobei ein Serbe getödtet wurde. Unter dem Eindruck dieser Thatsache schaarten sich die Serben zusammen und erstürmten zwei von den Türken besetzte Stadtthore. Die Türken verließen darauf bald auch die beiden andern Stadtthore, concentrirten sich in der Citadelle und eröffneten von hier aus ein Bombardement auf die Stadt, welches unter den Serben viel Blutvergießen verursachte und einen nicht unerheblichen Theil ihres Eigenthums zerstörte. Nach mehreren über diese Angelegenheit in Constantinopel abgehaltenen Conferenzen wurde beschlossen, den Türken die Citadelle und einen offenen Rayon um dieselbe einzuräumen und den Serben den Besitz der Stadt und ihrer Thore zu sichern.

Man sollte meinen, daß mit diesem Beschluß die ganze Angelegenheit abgethan gewesen sei. Das würde allerdings auch der Fall sein, wenn sich ihrer nicht die Diplomatie zu bemächtigen suchte. Lord Russel will nämlich in dem Auflehnen der Serben gegen die Türken ein Zeichen der Verschwörung sehen, welche gegen die hohe Pforte angezettelt sein soll. Eine solche Verschwörung, meint er, dürften die Großmächte Europa's nicht aufkommen lassen; ihre Pflicht sei es, die hohe Pforte gegen die Rebellen zu schützen.

Angesichts dieser Meinung fragt man mit Recht, warum hat denn England es nicht für seine Pflicht gehalten, den König Otto gegen die Auflehnung der Griechen zu schützen und seinen Thron zu befestigen? warum hielt er das Princip der Nichtintervention bei der revolutionären Bewegung in Neapel gegen den König Franz mit strenger Consequenz fest? Wie stimmt diese Meinung mit den diplomatischen Schritten, durch welchen England dem Aufstand der Polen gegen den Kaiser von Rußland eine moralische Unterstützung zu gewähren sucht? —

Die Antwort auf diese Fragen ist sehr einfach. England hatte weder ein Interesse für den König Otto, noch für den König Franz, und ob der Kaiser von Rußland Polen behält oder verliert, das ist ihm ganz gleichgültig. Indessen hat England ein sehr bedeutendes Interesse für die hohe Pforte, wäre es auch kein anderes, als das, ferner den Vormund über dieselbe spielen zu können.

Bei der Verfolgung dieses Interesses aber geräth England, wie die Sachen jetzt stehen, nicht nur mit seiner bisher beobachteten Politik, sondern auch mit dem Sultan selbst in Widerspruch. Denn dieser hat nicht die Absicht, sich ferner bevormunden zu lassen; er will nicht mehr der kranke Mann sein, der, auf Krücken gestützt, um das Mitleid der Reichen und Großen der Erde bettelt; er will frei und selbstständig sein und zeigen, daß er Sultan ist. Daß er sich nicht mehr krank und gezwungen fühlt, zu Hause zu sitzen, beweist seine Reise nach Egypten. Der englische Gesandte erklärte sich unter dem Vorwande gegen dieselbe, daß sie zu viel Geld koste; aber es hat dies nichts geholfen. Der Sultan frug nichts nach dem Gelde, indem er jedenfalls keinen andern Zweck hatte, als sich mit dem Pascha über eine gemeinsame Politik gegen die Interessen Englands zu berathen.

Wie sehr der Sultan bestrebt ist, auf eigenen Füßen zu stehen, beweist auch seine große Sorge für die Reorganisation der Armee, wobei er gleichfalls keine Rücksicht auf Geldersparnisse nimmt. Die Armee ist ihm Alles. Gegen sie muß die Befriedigung der Staatsgläubiger, die Anlegung von Eisenbahnen und Wegen und was noch sonst in civilisatorischer Beziehung von Wichtigkeit ist, zurück stehen. Ueberhaupt scheint er vor den europäischen Civilisations-

Reformen einen wahren Schreck bekommen zu haben. Er sagt sich, daß der Muhamedanismus seine Herrschaft durch blinden Fanatismus und die Schärfe des Schwertes gegründet und durch Jahrhunderte behauptet hat. Deßhalb sucht er sich gegen eine Civilisation zu schützen, welche den Fanatismus unbedingt zerstören muß. Dagegen sucht er das Schwert zu schärfen. —

England durchschaut die Pläne des Sultans sehr gut; es ist durchaus nicht gesonnen, ihn in seinen Operationen ungestört zu lassen; es sieht sich deßhalb genöthigt, die türkischen Angelegenheiten wieder auf der Tagesordnung zu bringen und aus derselben eine neue europäische Frage zu machen. Wäre es anders, so würde man schwerlich dem Bombardement von Belgrad irgend welche Wichtigkeit beilegen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

33. Sitzung, am 17. April.

Vice-Präsident Behrend eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertisch: der Justizminister und mehrere Regierungs-Commissarien.

Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung ist die Twestensche Interpellation, betreffend die dänischen Verordnungen vom 30. März 1863 über die Verhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauenburg. Der Minister-Präsident erklärt sich zur sofortigen Beantwortung dieser Interpellation bereit. — Abg. Twesten: Seit geraumer Zeit ist über die schleswig-holsteinische Frage in diesem Hause nicht gesprochen worden. Ich habe geglaubt, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich jetzt über diese Angelegenheit auszusprechen habe, nachdem die neuesten dänischen Verordnungen vom 30. März es nöthig gemacht haben, daß auch die Regierungen von Preußen und Oesterreich in neue Verhandlungen mit der dänischen Regierung eintreten. Jener dänische Erlaß behandelt zwar nur die Verhältnisse Holsteins und Lauenburgs zu dem dänischen Gesammtstaate: für uns aber handelt es sich hierbei vorzugsweise um das Herzogthum Schleswig. Die dänische Regierung will zwar das Ausland über Schleswig nicht mitreden lassen, aber gleichwohl haben nicht erst jetzt, sondern schon lange vor 1848 der deutsche Bund und die deutschen Regierungen das Recht in Anspruch genommen, über die Verhältnisse Schleswigs mitzusprechen, gestützt auf die enge Verbindung des Herzogthums Schleswig mit dem deutschen Bundeslande Holstein. Ebenso gehen auch die Versuche Dänemarks, Schleswig zu incorporiren, über das Jahr 1848 hinaus. Im Jahre 1848 erließ die dänische Krone die selbstständige Verfassung für Holstein und sprach die Incorporation Schleswigs aus. Der Brief des Königs von Preußen an den Herzog von Augustenburg vom 24. März 1848 war hiervon die Folge, in welchem das Recht Schleswig-Holsteins auf eine Existenz als selbstständiger Staat anerkannt wurde. Der Bundesbeschluß vom 12. April 1848 sprach es hierauf aus, daß das Herzogthum Schleswig von dänischen Truppen geräumt werden sollte. Allerdings besteht keine Competenz des deutschen Bundes für die Organisation Schleswigs, dagegen ist eine Intervention Preußens jetzt gerechtfertigt auf Grund alter Verhältnisse, neuer Verträge und der jetzt anerkannten völkerrechtlichen Grundsätze, wie sie namentlich in den allerneusten Depeschen Englands, Frankreichs und Oesterreichs in der polnischen Frage anerkannt worden sind. Es handelt sich in der schleswig-holsteinischen Frage nicht bloß um allgemeine Gründe der Humanität, nicht bloß um das Recht eines deutschen Staates, um die Ansprüche Holsteins auf Schleswig, sondern es handelt sich um ganz bestimmte, neuerdings übernommene völkerrechtliche Verpflichtungen, deren Verletzung Preußen sich nicht gefallen lassen kann, ohne Schaden an seiner Ehre zu erleiden. — Was die von Dänemark übernommenen Verpflichtungen angeht, so enthält der Frieden vom 2. Juli 1850 allerdings wenige besondere Bestimmungen. Der Krieg sollte aufhören, auf das ältere Recht zurückgegangen, die dänische Macht in den deutschen Herzogthümern wieder hergestellt werden. Ein gleich darauf erlassenes Manifest des dänischen Königs vom 14. Juli spricht es aber bereits aus, daß keine Incorporation Schleswigs stattfinden solle; in einem weiteren dänischen Erlasse wurden mehrere der von Schleswig erhobenen Ansprüche zwar zurückgewiesen, die Bildung einer in ihren Theilen gleichmäßig berechtigten organischen Gesammtmonarchie als Ziel ausgesprochen, zugleich aber doch verheißen, daß zwischen Schleswig und Holstein eine nähere Verbindung geschlossen werden solle, als mit den übrigen Landestheilen. In Folge dessen hat es denn auch eine Russell'sche Depesche des Jahres 1860 als eine Ehrenpflicht des Königs von Dänemark hingestellt, die deutsche Nationalität in Schleswig in ihrer Existenz und vor einer Incorporation in den dänischen Gesammtstaat zu wahren. Es wurde von dänischer Seite geantwortet, daß eine Incorporation Schleswigs nicht stattfinden, die Gleichberechtigung der deutschen Nationalität mit der dänischen erhalten werden sollte. Die dänische Regierung versprach auch im Januar 1852 ausdrücklich, der deutschen Sprache gleiche Berechtigung wie der dänischen zu verleihen. Nichtsdestoweniger hatten aber die Depeschen der Herren v. Schleinitz und v. Bernstorff von der offenkundigen Zurücksetzung und Beschädigung der deutschen Nationalität durch die dänische Regierung zu sprechen. Der Confirmationsunterricht und die denselben beschließende Prüfung wurde allgemein in dänischer Sprache vorgeschrieben, nur privatim einen Hauslehrer zu halten gestattet. Die Lage der Deutschen in Schleswig wurde dadurch noch erschwert, daß überall dänische Beamte in Schleswig fungirten, die Anstellung von Schleswigern, die in Kiel studirt hatten, geradezu ausgeschlossen wurde. Dies war ein offener Vertragsbruch, dessen empörende Einzelheiten selbst von dem englischen Ministerresidenten amtlich als eine Mißhandlung der Deutschen wegen ihrer Nationalität anerkannt wurden und die den allgemeinen Zorn wach erhalten haben über die traurigen Zustände der Deutschen in Schleswig. Gegenwärtig aber ist durch den Erlaß vom 30. März ein Verfassungsbruch erfolgt, der jede Art der Intervention rechtfertigen würde. Die Dänen würden schwerlich im jetzigen Augenblick den flagranten Vertragsbruch gewagt haben, sie würden schwerlich den Versuch gemacht haben, das Provisorium, gegen welches der deutsche Bund protestirt hat, in ein Definitivum zu verwandeln, wenn sie nicht glaubten, daß Preußen gerade jetzt außer Stande sei, jene Rechte geltend zu machen. Die Dänen hatten übrigens durch die Vergangenheit alle Veranlassung zu dem Glauben, daß das jetzige Ministerium nicht geneigt ist, gegen sie einzuschreiten, wenn sie bedenkt, daß der Herr Minister-Präsident im Jahre 1849 den Krieg gegen Dänemark bezeichnete als „ein höchst ungerechtes, frivoles und verderbliches Unternehmen (Hört! hört!) zur Unterstützung einer ganz unmotivirten Rebellion!" (Hört! hört!) Wenn der Herr Ministerpräsident damals diese Ansicht hatte, so will ich ihm weder die Form, in der er sie geäußert, noch den Umstand zum Vorwurf machen, daß Preußen damals im offenen Kriege mit Dänemark war. Aber mit Bezug auf die Angriffe des Herrn Ministerpräsidenten gegen einzelne Mitglieder dieses Hauses bei der polnischen Debatte wegen ihrer Kritik der auswärtigen Politik und Machtstellung Preußens, möchte ich doch daran erinnern, daß nach jenem Vorgange der Herr Ministerpräsident von allen Sterblichen unter der Sonne gewiß am allerwenigsten das Recht hat, irgend einer Opposition einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie seine auswärtige Politik angreift. (Bravo!) Jetzt handelt es sich aber um die Rechte und Pflichten, die Preußen vertragsmäßig übernommen hat. Preußens Ehre und Interessen sind dabei so tief engagirt, daß keine preußische Regierung dem neuen Vorgehen der dänischen gegenüber sich einem entschiedenen Schritt wird entziehen können.

Minister-Präsident v. Bismark: Bevor ich zur Beantwortung der Interpellation übergehe, erlaube ich mir auf einen Theil der Aeußerungen des Vorredners einige Worte zu erwidern. Ich bedaure, daß derselbe seiner sonst so gründlichen und sachlichen Entwicklung einige Momente beigefügt hat, welche darauf gerichtet zu sein scheinen, die Wirkung seiner Ausführungen außerhalb dieser Wände abzuschwächen. Der Vorredner erwartet von mir, daß ich die Sache der Herzogthümer vertrete. Ich kann nicht sagen, daß er mir die Sache erleichtert, wenn er Bruchstücke aus einer Rede verlesen hat, welche ich vor 14 Jahren in diesen Räumen gehalten habe. Das wird mich aber nicht hindern, in meiner Stellung als Ministerpräsident die Interessen des Landes zu vertreten. Der Vorredner hat Dänemark darüber zu beruhigen gesucht, daß es einen Krieg mit Preußen in diesem Augenblick nicht zu erwarten habe. Meine Herren! Man ist im Auslande nicht eben so leichtgläubig, wie hier. Wenn wir es für nöthig finden, einen Krieg zu führen, so werden wir ihn führen mit oder ohne Ihr Gutheißen. (Aufregung.) Der Minister-Präsident verliest hierauf folgende Erklärung:

Die Königl. Regierung bejaht die erste der beiden in der Interpellation gestellten Fragen.

Die Königl. dänische Regierung hatte bisher die von ihr 1851 und 1852 gegebenen Versicherungen unerfüllt gelassen; durch den Erlaß vom 30. März aber hat sie denselben direkt zuwider gehandelt und sich in wesentlichen Punkten ausdrücklich von ihnen losgesagt. Was in Folge dieser Veränderung der Sachlage zu thun sei, darüber wird die Königl. Regierung ihre Entschließungen in Gemeinschaft mit ihren deutschen Bundesgenossen fassen, bei welchen sie sicher ist, der vollsten Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Wahrung der Rechte Deutschlands zu begegnen.

Inzwischen haben Preußen und Oesterreich in der Thatsache, daß der deutsche Bund durch sie in den Verhandlungen, aus welchen die Verabredungen von 1852 hervorgingen, vertreten wurde, den Anlaß gefunden, sich über dasjenige zu verständigen, was ihnen bis zur Beschlußnahme des Bundes zu thun obliege.

Sie sind dabei von dem Grundsatze ausgegangen, daß die Wahrung deutschen Rechtes in Holstein-Lauenburg und in Betreff Schleswigs eine nationale Ehrenpflicht bilde, zu deren Erfüllung der Bund in seiner Gesammtheit berechtigt und berufen sei, und daß es sich empfehle, diese Solidarität Deutschlands in allen Stadien der Verhandlung zum Ausdruck zu bringen. Dies schließt indessen nicht aus, daß Preußen und Oesterreich aus dem Verhältnisse ihrer Vertretung in den Jahren 1851—52 den Beruf herleiten, für die Rechte des Bundes, ohne den Beschlüssen desselben vorzugreifen, in Kopenhagen ihre vorläufige Verwahrung gegen das Verfahren Dänemarks einzulegen.

Wie beide Mächte, seitdem die Bereitwilligkeit Dänemarks zur Erfüllung seiner 1852 gegebenen Versprechungen zweifelhaft geworden, sich gleichmäßig haben angelegen sein lassen, die berechtigten Forderungen Deutschlands zur Geltung zu bringen, so haben sie sich auch gegenwärtig über gemeinschaftliche in Kopenhagen zu thuende Schritte verständigt und sie bereits ins Werk gesetzt. Diese Schritte sind außerdem von gesonderten Kundgebungen beider Kabinette begleitet, deren Inhalt nach dem eigenthümlichen Verhältnisse eines jeden von ihnen zu der Entstehung der Verabredungen von 1851—1852 bemessen und geeignet ist, den Eindruck der vollen Uebereinstimmung zu verstärken, in welcher beide deutsche Mächte und mit ihnen voraussichtlich die Gesammtheit des Bundes dem Vorgehen Dänemarks entgegentreten."

Der Abg. Schulze (Berlin) beantragt die Discussion über diese Interpellation zu veranlassen. Das Haus tritt dem bei.

Der Abg. Löwe (Calbe): Wenn das Ministerium nur irgend eine genügende Erklärung abgegeben hätte, so würden wir es vorgezogen haben, heute keine Verhandlungen über die Frage eintreten zu lassen. Es ist aber ein großer Unterschied zwischen den Erklärungen des Minister-Präsidenten und zwischen dem, was der Interpellant als das Minimum der Forderungen hingestellt hat. Derselbe hat als das Mindeste hingestellt, daß Preußen von dem Vertrage zurücktritt. Ich muß gestehen, daß, wenn ich auch nicht erwartet habe, daß dies geschehen, so haben doch sehr viele meiner Freunde ja ein großer Theil der Nation erwartet, daß die Regierung sich wenigstens von der durch diese Verträge neu geschaffenen Erbfolge zurückzieht. Der Herr Minister-Präsident hat sich beklagt, daß der Interpellant auf alte Aeußerungen von ihm eingegangen ist. Ich würde es freudig anerkennen, wenn der Herr Minister-Präsident sich an seine früheren Aeußerungen nicht mehr gebunden erachtet; aber ich bin überzeugt, daß der Ministerpräsident wirklich die Continuität mit der Politik herstelle, welche von Warschau aus vor Olmütz dictirt ist. Das Zurückgehen auf den deutschen Bundestag würde einen gewissen Trost gewähren, denn der Bundestag hat niemals die neue Succession anerkannt; aber weil ich von der Continuität überzeugt bin, so glaube ich, daß wir nicht das Glück haben, von diesem Vertrage durch dieses Ministerium entbunden zu werden. Ich sehe hier nur eine Situation der russischen Allianz und der russischen Politik. Bei der polnischen Frage haben wir das erste Symptom der russischen Politik, bei der schleswig-holsteinischen das zweite. Wir sind der russischen Politik durch die Fehler des jetzigen Ministeriums in die Arme getrieben. Von diesem Ministerium können wir in diesem Augenblick keinen Schritt verlangen, weil die ganze Politik dieses Ministeriums es unmöglich macht. Wenn der Ministerpräsident uns erklärt hat, daß er Krieg führen werde, ohne unser Gutheißen, dann müssen wir bedenken, daß diese Politik erst dann möglich sein wird, wenn man nicht mehr bei der Landwehr anzuklopfen braucht, um einen solchen Krieg zu führen. Wir haben noch nicht so viel Recht, zu verhindern, daß unser Vaterland in einen unglücklichen Krieg geführt wird und wir sollen nunmehr auch noch das indirekte Veto, welches uns das Jahr 1813 gelassen hat, aufgeben. Wir sind nicht in der Lage, jetzt direkte Anträge zu stellen, aber wir müssen dem Hrn. Minister sagen, daß wir in unserer Krieg- und Friedenslage klar sehen müssen. In diesem Sinne verwahren wir uns gegen die Erklärung, daß man einen Krieg führen wird ohne das Gutheißen der Volksvertretung. Geschieht dies, dann ist auch der Augenblick gekommen, wo die Minister diese Sitze räumen werden. Wenn wir gegenwärtig Verzicht darauf leisten, besondere Anträge zu stellen, so geschieht es, weil wir jetzt, wo Preußen seinem nationalen Berufe ganz entfremdet ist, die Pflicht haben, Preußen sich selbst wiederzugeben. Das ist die erste Pflicht, die wir gegen Deutschland zu erfüllen haben. Wir verlangen Leute, die mit uns auf demselben Boden der Verfassung stehen, im Sinne des gesunden Menschenverstandes, nicht in dem außerordentlichen Sinne des neupreußischen Menschenverstandes; nur solchen Leuten können wir die Ehre unseres Vaterlandes anvertrauen, aber nicht denjenigen, welche sagen, wir werden den Krieg führen, ohne Euer Gutheißen. Das werden wir unsern Freunden in Deutschland und in Schleswig-Holstein sagen. Jetzt haben wir die erste Pflicht, uns im Innern zu helfen, und dann die andere Pflicht für Deutschland. Vorläufig haben wir dafür zu sorgen, daß Preußen Deutsch bleibe und nicht Russisch. (Lebhafter Beifall.) (Der Ministerpräsident hat sich schon bei den ersten Sätzen dieser Rede aus dem Saale entfernt und bleibt auch während der folgenden Rede abwesend.)

Abg. Dr. Virchow: Ich habe mich hauptsächlich zum Wort gemeldet, weil mir die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in dem Punkte ungenügend scheint, welche Haltung die Regierung gegenüber dem Protokolle von 1852 einzunehmen gedenkt. Ich halte es indessen für ungeeignet, eine Debatte fortzusetzen, deren Zweck, eine Einwirkung auf die Herren Minister, und insbesondere auf den Herrn Ministerpräsidenten auszuüben, in deren Abwesenheit nicht erreicht werden könnte. Ich beantrage, die Verhandlung zu vertagen und auf Grund des Art. 60 der Verfassung die Minister zum Erscheinen einzuladen. (Herr v. Bismarck tritt in den Saal.)

Während Vicepräsident Behrend diesen Antrag zur Unterstützung stellen will, nimmt das Wort

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich wollte nur zur Beruhigung der Herren bemerken, daß sowohl der Vorredner als der letzte Herr Redner im Nebenzimmer vollkommen verständlich war. (Große Unruhe.)

Abg. Parrisius (Brandenburg) zur Geschäftsordnung: Es ist bekannt, daß die Deutschen eine große Menge von Geduld haben, aber wenn wir in solch' wegwerfender unangemessener Weise behandelt werden, so ist es, glaube ich, Sache des Präsidenten, zu constatiren, daß dies ungehörig ist. Wir sitzen hier nicht zu unserm Vergnügen, sondern um ernste Dinge zu berathen. (Zustimmung und Widerspruch.)

Vicepräsident Behrend: Ich werde mir nachher erlauben, meine Meinung darüber zu äußern; jetzt hat der Herr Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich muß dem Abg. Parrisius überlassen, ob er meine Aeußerung für ungehörig hält oder nicht. Auch ich sitze nicht hier zu meinem Vergnügen, ich habe mancherlei andere wichtige Amtsgeschäfte; ich habe mit Leuten zu verhandeln, die ich nicht warten lassen und auch hier nicht empfangen kann. Ich sehe nicht ein, weshalb, wenn ein Redner das Glück hat, ein so lautes Organ zu besitzen, daß er auch durch die Thür verständlich ist, ich die Gelegenheit nicht benutzen sollte, an jenem Tische zu arbeiten.

Abg. Immermann: Ich muß dem Collegen Parrisius beitreten. Die eben gehörte Erklärung genügt nicht; es giebt für den Herrn Ministerpräsidenten kein wichtigeres Geschäft, als bei dieser Verhandlung zugegen zu sein. Die Herren Minister verkehren mit uns nicht

hinter den Thüren, sondern vor denselben. (Beifall.) Der Redner würde vielleicht anders gesprochen haben, wenn der Minister anwesend gewesen wäre. Er kann nicht wissen, daß der Minister ein so feines Gehör hat, daß auch hinter der Thür die Rede des Hauses und des Landes zu ihm dringt. (Beifall.)

Vicepräsident Behrend: Ich habe kein Urtheil darüber, ob die Minister auch hinter der Thür die Rede verstehen können: wenn das Haus davon unangenehm berührt wird, so steht es ihm zu, die Anwesenheit der Minister zu verlangen, wie der Abg. Virchow gethan hat. Ich habe keine Veranlassung, die Aeußerung des Herrn Ministerpräsidenten zu rügen; ich kann nicht einsehen, was in seinen Ausdrücken Beleidigendes für das Haus liegt.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Abgeordneter Plaßmann: Die schleswigsche Frage könne nur gelöst werden vermöge der Solidarität des deutschen Bundes. Preußen werde nie im Stande sein, für Schleswig etwas zu thun, wenn es nicht ganz Deutschland hinter sich habe. Nicht Preußen, nur der deutsche Bund sei legitimirt, die schleswigsche Frage anzufassen und befähigt, dieselbe zu einer Lösung zu führen. Die schleswigsche Frage werde entschieden sein, wenn die letzte Hand der Entwickelung an den deutschen Bund gelegt worden sei. Ohne Einigkeit der deutschen Bundesregierungen werde Schleswig das Schicksal des Elsaß erfahren.

Hierauf wird auf Antrag des Abg. Schulze (Berlin) die Diskussion geschlossen und die Sitzung kurz vor 3 Uhr auf morgen 1 Uhr vertagt.

Rundschau.

Berlin, 18. April.

— Der Abg. Twesten erwähnte in seiner gestrigen Rede das Schreiben König Friedrich Wilhelms IV. vom 24. März 1848 an den Herzog von Augustenburg. Wir theilen den Wortlaut mit:

Durchlauchtigster Herzog!

Auf Ew. Durchlaucht Schreiben vom heutigen Tage in Betreff des bedrohlichen Zustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein eröffne ich Ihnen hiermit Folgendes: Ich habe mich der Wahrung der deutschen Sache für die Tage der Gefahr unterzogen, nicht um die Rechte Anderer zu usurpiren, sondern um das Bestehende nach Außen und im Innern nach Kräften zu erhalten. Zu diesem bestehenden Rechte rechne ich dasjenige der Herzogthümer Schleswig-Holstein, welches in den, die Rechte des Königreichs Dänemark in keiner Weise verletzenden Worten ausgesprochen ist: 1) daß die Herzogthümer selbstständige Staaten sind, 2) daß sie fest mit einander verbundene Staaten sind, 3) daß der Mannesstamm in den Herzogthümern herrscht. In diesem Sinne habe Ich Mich bereits beim Bundestage erklärt, und bei diesem bestehenden Rechtsverhältnisse bin Ich bereit, in Betracht des Bundesbeschlusses vom 17. Sept. 1846, die Herzogthümer Schleswig-Holstein gegen etwaige Uebergriffe und Angriffe mit den geeignetsten Mitteln zu schützen. Ich hoffe übrigens, daß der Nationalität der Herzogthümer keine ernstliche Gefahr droht, und bin entgegengesetzten Falles der festen Zuversicht, daß Meine deutschen Bundesgenossen, gleich Mir, zum Schutze derselben herbeieilen werden.

Mit aufrichtiger Freundschaft verbleibe Ich Ew. Durchlaucht freundwilliger Vetter.

Friedrich Wilhelm.

— Wie die „Köln. Ztg." mittheilt, hat Drouyn de L'Huys gegen Baron v Budberg und Lord Cowley erklärt, die französische Regierung betrachte ihre Depesche durch die Amnestie nicht für erledigt. Die „Independance belge" bestätigt diese Mittheilung.

— Der frühere Ministerpräsident von Manteuffel ist vor einigen Tagen wieder hier eingetroffen.

Wien, 15. April. Die heutige „General-Correspondenz" meldet von wohl unterrichteter Seite aus Rom, daß die Ersetzung Antonelli's durch den Nuntius Luca in Wien immer mehr an Möglichkeit gewinne.

Paris, 14. April. Heute sind einmal zur Abwechselung wieder durchweg kriegerische Gerüchte in Umlauf, Gerüchte von einem kriegerischen Vorgehen Frankreichs in Verbindung mit Schweden und Italien gegen Rußland. Ja, man will bereits wissen, daß der schwedische Gesandte in St. Petersburg so wie der russische Gesandte in Stockholm ihre Pässe verlangt hätten. Es liegt jedoch nichts Thatsächliches vor, was diese Gerüchte zu begründen geeignet wäre. Es sei denn, daß die Gemahlin des französischen Gesandten in St. Petersburg die Herzogin von Montebello, welche seit einiger Zeit hier weilt, die nahe bevorstehende Ankunft ihres Gemahls erwartet. — Von russischer Seite sieht man hier einer Antwort auf die kürzlich übergebene Note entgegen, deren Ton um so schroffer ausfallen dürfte, als Rußland in derselben darauf hinweisen wird, daß es den Demonstrationen der europäischen Mächte bereits zuvorgekommen sei. — Auch von einem russischen Memorandum ist die Rede, daß die Mächte von den beabsichtigten weiteren Reformen in Kenntniß setzen soll.

London, 14. April. Der bereits auf telegraphischem Wege signalisirte Artikel des ministeriellen „Observer" in Bezug auf die nach St. Petersburg abgegangenen Noten der drei Großmächte sagt u. A.: Zum ersten Male seit dem Krimkriege hat die russische Regierung sich gezwungen gesehen, ihre Armee auf den Kriegsfuß zu stellen. Es ist ein Irrthum, zu glauben, daß dies in Folge des diplomatischen Einschreitens von England, Frankreich und Oesterreich geschehen sei. In der That wurde dieser Schritt schon vorher ergriffen. Die Note der Großmächte ist keine gemeinschaftliche, aber sie ist eine identische. Sie ist in denselben Ausdrücken abgefaßt und an demselben Tage abgeschickt. Sie hat nicht den starken Character einer gemeinschaftlich adressirten Note — ist aber in Wirklichkeit weder mehr noch weniger — und die Regierung des Czaren würde wohl thun, sie in diesem Lichte zu betrachten. Die abgesandte Note ist weder so kriegerisch wie die von Frankreich vorgeschlagene, noch so milde, wie die von Oesterreich empfohlene. Sie nähert sich mehr dem gemäßigten und festen Ton der Vorstellungen Großbritanniens. Aber sie ist identisch und damit ist ein großer Punkt gewonnen. Die Mächte bestehen natürlich auf den Bedingungen, die Rußland durch den Wiener Vertrag auferlegt sind. Aber es folgt keineswegs, daß diese Bedingungen jetzt die polnische Nation befriedigen würden. Diese besteht — und ganz mit Recht — auf einer abgesonderten und nationalen Regierung. Und jeder wahre Freiheitsfreund muß ihr die Erreichung ihres Zieles wünschen.

— „Daily News" bezeichnet es wiederholt als eine grausame und frevelhafte Politik, die Polen zum Kampfe gegen Rußland aufzumuntern, wenn man ihnen keine Hülfe zuführen wolle, denn ohne diese müsse Polen in dem ungleichen Kampfe schließlich erliegen. Daß die Wiederaufrichtung Polens im Interesse des europäischen Friedens und Gleichgewichts wünschenswerth ist, bemerkt „Daily News", bezweifelt keiner von uns. Aber diese Interessen haben seit 50 Jahren vergebens gesprochen und bis auf diesen Tag rühmen selbst liberale Staatsmänner es als ein Verdienst, daß kein englisches Ministerium je daran gedacht hat, das Wünschenswerthe mit den allein wirksamen Mitteln anzustreben. Niemand glaubt, daß die Polen ohne die wirksame Unterstützung fremder Regierungen ihre Unabhängigkeit begründen können, und in Abwesenheit solcher Hülfe wird der jetzige Kampf der Polen, gleich allen früheren scheitern. Wir können es nicht tadeln, daß Herr Roebuck diese Wahrheit in ein starkes Licht stellt. Kein Freund Polens kann seine Todespein zu verlängern wünschen. Wenn den Polen diesmal nicht geholfen und ihre Nationalität nicht sicher gestellt werden soll, so müssen wir sagen, je früher das Land ganz besiegt und Rußland einverleibt wird, desto besser für sie.

— Der bereits auf telegraphischem Wege bekannt gewordene Tod des Kriegsminister Sir George Carnewall Lewis erfolgte gestern auf seinem Landsitze Harpton Court in Radnorshire. Der Minister hatte sich den Winter über leidend gefühlt, in voriger Woche erkältete er sich sehr stark und am Sonntage nahm diese, zuerst als ganz unbedeutend betrachtete Erkältung eine solche Wendung, daß jede Hoffnung auf Besserung verschwand. Der Verstorbene, 1806 geboren, zeichnete sich auf der Universität bereits aus.

— Der „Orpheus", eine Dampf-Corvette von 21 Kanonen, ist bei Manokou in Neuseeland total gescheitert. Von der aus 256 Personen bestehenden Mannschaft sind 185 verunglückt, darunter der Capitain des „Orpheus", Commodore Purnett.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 20. April.

— Die nächste Schwurgerichtsperiode des hiesigen Stadt- und Kreisgerichts wird am 4. Mai beginnen und 14 Tage währen.

— Die Vorsteher des städtischen Lazareths haben den Jahresbericht pro 1862 veröffentlicht. Dem Bericht zufolge wurden im Jahre 1862 in dem Lazareth 3094 Kranke behandelt; entlassen wurden 2434, gestorben sind a) innerhalb der Zeit von 48 Stunden 62, b) in längerer Zeit 302, also im Ganzen 364. Am 31. December befanden sich 296 Kranke in der Anstalt. In der Apotheke des Lazareths wurden für Kranke in der Anstalt 35,051 Portionen, für arme Kranke außerhalb derselben 23,922 Portionen angefertigt. — Die Gesammtsumme der Leistungen des Lazareths für die städtische Armen-Krankenpflege beträgt 33,162 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. Die Kämmerei-Kasse hat einen Beitrag von 18,500 Thalern gezahlt, so daß aus den eigenen Mitteln des Lazareths die Summe von 14,662 Thlrn. 22 Sgr. 2 Pf. aufgebracht worden ist.

— Die gestrige dritte Vorstellung des Hrn. Mimiker Schulz war sehr zahlreich besucht und erntete wiederum ungetheiltesten Beifall. Auf den mehrfach geäußerten Wunsch hat der Künstler sich entschlossen, noch am nächsten Mittwoch und Freitag humoristisch-phantastische Soiréen zu veranstalten.

— Der Turnlehrer Hr. Schubart wird vom 1. Mai ab ausschließlich für die Schüler der höheren Klassen einen Turnzirkel bilden.

— In der Nacht von Freitag auf Sonnabend hat Herr Polizei-Commissarius Schmidt an der Weichsel eine beträchtliche Quantität veruntreutes Getreide mit Beschlag belegt.

— Gestern Morgen fand man am Glacis auf dem Wege nach Stolzenberg die Leiche einer etwa 40 Jahre alten unbekannten Frau, welche an Krämpfen verstorben zu sein schien, indem ihre Gesichtszüge darauf hindeuteten.

— Gestern befand sich ein Arbeiter in einem Schanklokale und verlangte von einem andern daselbst befindlichen Arbeiter einen Schnaps. Letzterer weigerte sich, seinem Wunsche nachzukommen, da er dazu keine Veranlassung hatte; worauf ihm Ersterer mit einem Messer eine Wunde in der Wange, unweit der Schläfe, beibrachte. Der Thäter wurde arretirt.

Graudenz, 18. April. Wie wir hören, wird gegen Ende des nächsten Monats Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, behufs einer Truppeninspection hier eintreffen.

— Verschiedene Blätter brachten die Nachricht, daß es einem der „Graudenzer Verurtheilten" in Ehrenbreitstein jüngst gelungen sei, zu entfliehen. Daß ein Gefangener daselbst entflohen, soll wahr sein; jedoch gehört derselbe nicht zu den Verurtheilten der 12. Compagnie.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Pleschen, 16. April. Gestern Vormittag wurde plötzlich unsere Garnison alarmirt, weil von einer Patrouille die Meldung eingegangen, daß in der Gegend von Grab und Robokow große Waffenzüge mit Waffen angetroffen worden. Das Außergewöhnliche der Erscheinung rief in der Stadt eine seit langer Zeit nicht mehr bemerkte Aufregung hervor. Kurze Zeit nach der Alarmirung befand sich das Militär auf dem Marsche. Die Eingänge zur Stadt wurden durch Doppelposten besetzt, die mit geladenen Gewehren aufzogen. In der Stadt blieb eine Compagnie Infanterie. Reiter und Wagen durften die Stadt nur gegen Vorzeigung eines polizeilichen Erlaubnißscheines verlassen. Da beim Ausmarsch ein Ulanen-Offizier durch Krankheit gezwungen wurde, zurückzubleiben, so mußte an seiner Stelle ein Infanterie-Officier beritten gemacht werden. Gegen Mittag wurden vom Militär fünf vierspännige Wagen mit Waffen eingebracht. Nachmittags verbreitete sich das Gerücht, daß sich die Ulanen im Gefecht befänden. Die Bedeckungsmannschaft der Wagen hatte auf eine Patrouille geschossen und diese die Schüsse erwidert. Gegen Abend wurden abermals acht vierspännige Wagen mit Munition und verschiedenen Armaturgegenständen eingebracht. Da die Kutscher zum größten Theil die Flucht ergriffen hatten, so waren vom Militär zwei Schornsteinfegergesellen, die ihm wahrscheinlich zufällig begegnet waren, als Rosselenker benutzt worden, die von ihren Wagen herab einen drastischen Eindruck auf die versammelte Menge machten. Bald darauf kamen mehrere Wagen mit Gefangenen. Heute früh wurden noch 20 Gefangene eingebracht. Sie waren in dem Walde zwischen Racendowo und Twardowo ergriffen worden und sollen gut bewaffnet gewesen sein. Unter den heute eingebrachten Waffen befanden sich auch eine schöne polnische Fahne mit dem polnischen Adler und der Mutter Gottes. Die Gefangenen sind in der hiesigen Frohnfeste untergebracht. Unter der gemachten Beute sollen sich die schönsten Miniégewehre, eine türkische Pürschbüchse, ausgezeichnete Säbel und ca. 20 Ctr. Pulver befinden. Vorzüglich sollen die Uniformen für Kavallerie-Offiziere sein. Zu jedem Gewehr hat man 500 Kugeln auf den Wagen und außerdem 50,000 Kupferhütchen gefunden. Der Werth der aufgegriffenen Revolver wird von Sachkennern auf ca. 4000 Thlrn angegeben. Außerdem sind noch funfzig und einige Pferde eingebracht, unter denen sich sehr schöne Thiere befinden. Seit heute früh befinden sich zwei Polizeibeamte aus Posen hier. Gestern Nacht sollte der Assessor Kranthofer verhaftet werden. Da er in seiner Wohnung nicht angetroffen wurde, so wurden seine Sachen versiegelt und zum Schutze der Siegel ein Doppelposten vor seine Wohnung gestellt. Außerdem sollen noch einige andere Personen vorgezogen haben, seit gestern vielleicht auf längere Zeit zu verschwinden. (Pos. Z.)

— [Cieszkowski's Ermordung.]. Am 10 d. lagerte der polnische Anführer Cieszkowski mit 50 Insurgenten 3 Meilen von Dzialoszin im Broszenczyner Walde, um neuen Zuzug abzuwarten. Hier wurde er von 2 Rotten (400 Mann) russischer Infanterie aus Wielun und Sieradz und 50 Kosaken angegriffen, und sein kleiner Haufe zersprengt. Bei dem Gefechte fielen einige russische Soldaten. Polnischerseits wurden nur einige Mann verwundet. Cieszkowski selbst erhielt einen Schuß in der Schulter und einen in den Arm und floh mit 6 seiner Leute, unter denen sich ein junger Mann Namens Koslowski befand, nach dem 8 Werst (1⅛ M.) entfernten und dem Vater des Koslowski gehörigen Dominium Chabilitz. Kaum war seine Wunde nothdürftig verbunden und er selbst zu Bette gebracht, als auch schon von Bauern auf seine Spur gebrachte Kosaken hereinbrachen und ihn mit dem Tode bedrohten. Cieszkowski bat um Gefangenschaft und ehrliche militärische Behandlung, erhielt jedoch zur Antwort, ihr Anführer habe ihnen verboten, Pardon zu geben und wurde buchstäblich auf dem Bette in Stücke gehauen.

Soirée im Schützenhause.

Im großen Saale des Schützenhauses gab der Komiker des hiesigen Stadt-Theaters Herr Simon unter Mitwirkung von Mitgliedern der Oper, des Schauspiels und des Orchesters am vorigen Sonnabend eine humoristisch-musikalische Soirée. Die Mitwirkung so vieler Kräfte gestattete ein reichhaltiges Programm; dasselbe, 14 Nummern versprechend, hatte denn auch seine Wirkung nicht verfehlt, es war ein sehr zahlreiches Publikum erschienen, welches die verschiedenen Räume des Saales bis fast auf den letzten Platz füllte. Den Reigen eröffnete Beethovens C-moll Quartett, vorgetragen von den Herren Concertmeister Schmidt, Bartelmann, Marquart und v. Almonde. Wenn bei Streichquartetten nicht jede einzelne Stimme mit größter Präzision gespielt wird, so verfehlt das Ganze in der Regel seinen guten Eindruck; diese Präzision ist aber nur das Resultat einer langen sorgfältigen Uebung. Gelang es den Herren auch nicht, das ganze Quartett vollständig zur Geltung zu bringen, so wurde doch Einzelnes recht gut ausgeführt und es verdient Anerkennung, daß sie ihre, so vielfach beschränkte

freie Zeit noch zur Uebung im Quartettspiel benutzen. — Herr L. Fischer sang dann ein Lied „Die blauen Augen“ mit obligater Cellobegleitung. Das Lied ist schön und wurde vortrefflich gesungen und wacker von Herrn v. Almonde begleitet. Alsdann kam ein 5actiges Trauerspiel mit Prolog und Epilog von K. v. Holtei. „Der Ehestand“. Zwei handelnde Personen „Amalie von Honigblüth“, vertreten durch Fräulein Gerber und „Arthur von Stoppelheim“, Herr Simon, bemühten sich mit dem besten Erfolge die Leiden und Freuden des Ehestandes in allerlei komischen Scenen von seinem Uranfange an bis zu seinem traurigen Ende, der Scheidung, dem Zuhörer vorzuführen. Diesem folgten zwei Lieder „Der Himmel im Thale“ von Marschner und „Die Waldmüllerin“ von Schäffer, gesungen von Fränl. Hülgerth; wir glauben dem herrlichen Vortrage dieser beiden Lieder den Preis des Abends zuerkennen zu müssen. — Die komische Scene „Das Engagementsgesuch“ von R. Genée ganz charakteristisch vorgetragen von den Herren Höfel und Simon, verfehlte seinen guten Eindruck auf das Publikum nicht. Damit war die erste Abtheilung geschlossen. An der Spitze der zweiten Abtheilung stand Spohr's Concert für die Violine, bekannt unter dem Namen „Die Gesangscene.“ Herr Concertmeister Schmidt führte dasselbe mit gutem Verständniß und tüchtiger Technik aus. Herr Funk sang darnach ein Lied von Reeb „Der todte Soldat“ und erndtete damit verdienten Beifall. Das allerliebste humoristisch-musikalische Frage- und Antwortspiel, in welchem Herr Simon den verbindenden Text und Herr Mäcklenburg die eingelegten Melodien vortrugen, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Das hübsche Lied mit obligater Violinbegleitung von Kalliwoda „Sehnsucht in die Ferne“ wurde von Fräulein Hofrichter ganz brav gesungen und von Herrn Concertmeister Schmidt wacker begleitet. Mit einem ziemlich gelungenen Quintett aus „Lucia di Lammermoor“, vorgetragen von Frl. Hülgerth und den Herren L. Fischer, Funk, Höfel und Ludwig wurde die zweite Abtheilung geschlossen. — Es war uns in den 10 Piecen des Guten hinreichend geboten und wir verließen ganz befriedigt den Saal, als die zweite Abtheilung zu Ende war. Schließlich sei dem wackern jungen Musiker, Herrn Mäcklenburg für sein treffliches Arrangement des musikalischen Theils und seine exacte Klavierbegleitung der einzelnen Musikstücke unsre Anerkennung ausgesprochen. **

Handel und Gewerbe.

Danzig, Sonnabend 18. April. Am Kornmarkt wurden in d. W. gegen 1400 Lasten Weizen in der gewohnten Weise, meistens gegen Connoissement bei matter Stimmung unter Preisverhältnissen umgesetzt, die bei großen Partien kaum eine nennenswerthe Veränderung zeigten; bei kleinen aber wurde solche sehr merkbar, da diese erst durch Ansammlung verschiffbarer Quanta sich bilden. Unsere Großhäuser, die fast die alleinigen Käufer blieben, können hiemit nur in beschränktem Maaß sich abgeben, und da andere Unternehmer sich sehr zurückgezogen halten, sind die kleineren Partien oft schwer und bei der herrschenden Stimmung meistens nur durch Nachgiebigkeit der Verkäufer unterzubringen. Zu notiren sind pro Scheffel: hochbunter und feinglasiger 132.35pfd. Weizen 87.90 bis 94 Sgr.; bunter und hellbunter 128.31pfd. 79 bis 82.84 Sgr.; bunter 125.27pfd. 73 bis 77 Sgr.; geringe 120.24pfd. Gattungen 63.65 bis 71 Sgr. — An dem Roggenhandel fand eine mehrseitige Betheiligung statt, dadurch gingen die Preise um 1 bis 1½ Sgr. vor, und hieraus darf man schließen, daß der Handel in Weizen selbst bei namhaftem Umsatz nur dadurch so matt geführt wird, weil eben der Käufer zu wenige sind. Uebrigens scheinen bei dem Umsatz von 1000 Lasten Roggen, vielleicht noch mehr, nothwendige Deckungen im Spiel zu sein. Gemacht wurde meistens auf Lieferung, auf Connoissement und Locowaare 117.21pfd, 49.50 bis 51½ Sgr.; 123.26 bis 127pfd. 52.53.54 Sgr.; alles auf 125pfd. — Auf Gerste hat die Kauflust nachgelassen, ausgenommen große, wenn solche durch Farbe, Beschaffenheit und Gewicht ausgezeichnet ist. Große 110.18pfd. 39 bis 42.46 Sgr. Kleine 105.110pfd. 35.37 bis 39 Sgr. — Erbsen ohne Preisveränderung 47 bis 50 Sgr., beste 51 Sgr. Umsatz 100 Lasten. — Hafer findet Abnahme zum Verbrauch und zur Saat. Bei 48.53 Zoll-Pfd. 23 bis 27. 28 Sgr. — Von Spiritus 450 Tonnen Zufuhr. Gemacht 14½ Thlr. pro 8000, zuletzt $14\frac{5}{12}$ und hierauf blieben Abnehmer. — Wir hatten klare sonnige Tage mit kalten scharfen Winden. Morgens früh 3° +. Die Roggensaaten standen vieler Orten ausgezeichnet schön und üppig, besonders in der Niederung; jetzt verändert sich das Aussehen, es findet sich gelbliche Färbung, und mehr noch dürfte dies auf der Höhe stattfinden. Bis jetzt ist dies ohne Bedeutung und einige warme Tage mit Regen stellen Alles her. Die Beschädigung der Oelsaaten scheint doch überschätzt worden zu sein.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 20. April:

Weizen, 85 Last, 133.4pfd. fl. 535; 132pfd. fl. 525; 133pfd. fl. 530, 520; 129.30pfd. fl. 510; 127.8pfd. fl. 500, 480, 470; 124.5pfd. fl. 462. Alles pr. 85pfd.
Roggen, 122pfd. fl. 312; 123.4pfd. fl. 315 pr. 125pfd.
Gerste, 107pfd. fl. 222 pr. 70pfd.
Erbsen, w., fl. 290, 297, 300. Leinsaat fl. 520.

Course zu Danzig am 20. April.

		Brief.	Geld.	Gem.
London 3 M.	tlr.	6.20⅞	—	—
Hamburg kurz		—	—	150¾
Staatsschuldscheine		90	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½ %		86¾	—	—
do. 4 %		97½	—	—
do. 4½ %		103	—	—
Staats-Anleihe 4½ %		102	—	—

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 18. April:

Riches, Dampfschiff Swanland, v. Hull, m. Stückgut. — Ferner 2 Schiffe mit Ballast.

Geschlossene Schiffs-Frachten.

Am 20. April.

London 3 s 3 d, Dundee oder Firth of Forth 3 s, Kohlenhäfen 2 s 9 d, oder Firth of Forth 3 s, oder Engl. Canal 3 s 9 d, Londonderry oder Dublin oder Belfast 4 s 3 d pr. Qr. Weizen. Hull 15 s, od. Grimsby 14 s 6 d pr. Load □ Sleeper. Swansea 18 s pr. Load □ Sleeper. Maaß holl. fl. 22 pr. Last Roggen. Saint Nazaire Frcs. 55 und 15 % pr. Last Balken.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Rittergutsbes. Steffens n. Gem. a. Mittel Golmkau. Gutsbes. Buchholz n. Fam. a. Gluckau, Geysmer aus Schönwalde und v. Dombrowski a. Doppel Gischau. Maschinenfabrikant Stier a. Chemnitz. Schiffskapitaine Scheele u. Eggert a. Königsberg. Die Kaufl. Lehmann a. Conitz, v. Chrzanowski a. Thorn, Brandt a. Hanau, Panizza a. Mainz, Knyn a. Solingen und Doescke a. Breslau.

Hotel de Berlin:

Die Kaufl. Hasenwinkel a. Reihm, Biermann aus Bremen u. Weber a. Stettin. Administrator Kumann a. Okunowo.

Walter's Hotel:

Lieuten. Geschkat a. Trier. Rittergutsbes. v. Czarlinski a. Hintersee u. Müller a. Miradau. Gutsbesitzer v. d. Gablentz a. Pietzkendorf. Hopfenhändler Hahn a. Nürnberg. Rentier Howe a. Stettin u. Döhling aus Elbing. Die Kaufl. Behrendt a. Elbing, Stark aus Markuenkirchen u. Goßler a. Dessau.

Hotel de Thorn:

Gutsbes. Thiel a. Irrgang. Bürgermeister Kirchner a. Wernigerode. Fabrikant Kockum a. Copenhagen. Die Kaufl. Lehmann a. Leipzig, Rudert a. Plauen, Keller u. Dunker a. Berlin u. Rögener a. Aachen.

Deutsches Haus:

Rittergutsbes. v. Eniski n. Fam. a. Lappalitz Erster Sänger der deutschen Oper Otto u. erste Sängerin der deutschen Oper Fräul. Doll a. Stockholm. Gutsbes. Brandt a. Lindau. Mühlenbes. Stranz a. Pelplin. Predigtamts-Candidat Fritsche u. Ingenieur Hagendorf a. Königsberg. Stud. theol. Helmhagen und Schleicher a. Bromberg. Hofbes. Grundmann a. Praust. Die Kaufl. Panitz a. Mewe, Kühl a. Thorn, Robden aus Wangerin und Frantzius a. Dirschau. Schiff Capitain König a. Stettin. Rentier Rahn a. Elbing. Böttchermeister Belger a. Graudenz. Lehrer Wallner a. Dobschowin. Fabrikant Decker a. Braunsberg.

Meteorologische Beobachtungen.

19	12	338,09	+ 12,8	SWestl. flau, bewölkt.
20	9	338,42	9,8	SO. do. hell, leichte Wolken.
	12	339,19	12,7	Oestl. do. do. do.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.